

Auswahl außerschulischer Lernorte: Mehr historisches Gedenken als politische Kontroversität

Peer Egtved

Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht, wie Gedenkstätten und Parlamentsbesuche unter der Berücksichtigung der Bildungs- und Aufmerksamkeitsökonomie zur Vermittlung der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (FDGO) beitragen. Eine Befragung von 113 Lehramtsstudierenden zeigt, dass rund 2/3 der befragten Studierenden verschiedene Gedenkstätten und/oder Parlamente während ihrer Schulzeit besucht haben. Dabei liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf dem Besuch von NS Gedenkstätten, während Parlamente und DDR Gedenkstätten seltener besucht werden. Inhaltliche Schwerpunkte dieser Exkursionsorte sind das historische Gedenken und nicht die politische Kontroversität.

Eine fachdidaktisch und pädagogisch orientierte Exkursionspraxis, nach den Bedürfnissen der Klasse, der Schule und der Lehrkraft, die historische wie gegenwartsbezogene Lernorte je nach Bedarf kombiniert und didaktisch sorgfältig in den Unterricht einbettet, erscheint zur Vermittlung der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung sinnvoll. Eine Verpflichtung einen bestimmten außerschulischen Lernort aufzusuchen wird kritisch betrachtet.

1. Einleitung

Die Bundesfamilienministerin Karin Prien spricht sich für verpflichtende Besuche von KZ-Gedenkstätten aus, um Empathie sowie ein Bewusstsein für historische Verantwortung zu fördern. Ihrer Auffassung nach sind Menschen ohne Mitgefühl anfälliger für Manipulation (vgl. DIE WELT, 2025).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welcher Anteil von Schülerinnen und Schülern derzeit im Rahmen schulischer Bildung NS-Gedenkstätten besucht. Bei der Beantwortung ist zu berücksichtigen, dass unter NS-Gedenkstätten nicht nur



Dr. Peer Egtved

Akademischer Rat für Politikwissenschaft und Politikdidaktik,
Europa-Universität Flensburg

ehemalige NS-Konzentrationslager sowie Außenstellen zu verstehen sind, sondern auch Orte wie frühere Ghettos, Deportationsbahnhöfe, Gestapo-Dienststellen, NS-Bauten, Erinnerungsorte des Widerstands sowie Stolpersteine. Darüber hinaus existieren weitere außerschulische Lernorte, die im Politik-, Sozial- oder Gemeinschaftskundeunterricht von Bedeutung sind oder sein könnten. Dazu zählen insbesondere Gedenkstätten zur DDR-Geschichte (etwa ehemalige Stasi-Haftanstalten, der „Antifaschistische Schutzwall“, SED- und Stasi-Zentralen, Orte des politischen Widerstands und Orte der friedlichen Revolution), parlamentarische Einrichtungen (z. B. Landtage, Bundestag, kommunale Vertretungen, im weiteren Sinne auch der Bundesrat) sowie Institutionen der Medien, Justiz und Wirtschaft.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf außerschulische Lernorte, die zur Vermittlung der Prinzipien der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung beitragen. Im Fokus stehen dabei insbesondere NS- und DDR-Gedenkstätten sowie Parlamente. Die Auswahl solcher Lernorte ist angesichts begrenzter Ressourcen – Zeit, Lehrkräfte, finanzielle Mittel und curriculare Vorgaben – sowie der aufmerksamkeitsökonomischen Konkurrenz zentral. Es stellt sich die Frage, wie diese Orte effektiv genutzt werden können, um Schülern Werte wie Demokratie, Recht, Freiheit und historische Verantwortung erfahrbar zu machen. Die Konkurrenz zwischen curricularen Inhalten wirft praktische und normative Fragen auf: Welche Kriterien rechtfertigen die Priorisierung eines Lernortes gegenüber einem anderen? Dieser Aufsatz untersucht die Auswahl von außerschulischen Lernorten unter den Bedingungen der Ressourcenkonkurrenz und ihre Auswirkungen auf die Bildung. Dazu werden die Ziele von Exkursionen sowie die vermittelten Prinzipien der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung analysiert und bewertet. Die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung steht synonym für die entscheidenden Herrschaftsmerkmale der deutschen Demokratie.

2. Fachdidaktische sowie theoretische und empirische Hintergründe

2.1 Exkursionen zu Gedenkstätten und Parlamente als Methoden der politischen Bildung

Gibt es politische Bildung und Handeln ohne historische Erinnerung? Wohl kaum: *„Politische Probleme können durch historisch fundiertes Handeln besser bewältigt werden als durch gegenwartszentrierte Reaktionen.“* schlussfolgert der Politikdidaktiker Lange (2021: 613; vgl. auch Lange, 2006, 2009; vgl. Moritz 2018; vgl. Demokratisch-handeln.de 2022). Politik- und Geschichtsdidaktiker, Journalisten sowie Politiker, wie beispielsweise Karin Prien (vgl. DIE WELT 2025), betonen mehrheitlich die Chancen der Gedenkstättenbesuche. Für politisch-historisches Lernen zeigen Gedenkstättenbesuche das Potenzial, Geschichtsbewusstsein und demokratische Werte zu stärken, indem sie historische Ereignisse thematisieren. NS-Gedenkstätten zeigen die Entwicklung zur staatlich organisierten Rechtsstaatslosigkeit, Terror, Antisemitismus, Rassismus und industriell organisierten Massenmord, dem Holocaust. DDR-Gedenkstätten